



**Antonius Liedhegener**

## Religion, Zivilgesellschaft und Sozialkapital in Deutschland

In westlichen Demokratien scheint sich derzeit die öffentliche Wahrnehmung von Religion beträchtlich zu verändern. Auf dem Spiel steht die positive Zuordnung von Demokratie, Zivilgesellschaft und Religion. Es scheint, als ob Religion, das Christentum und damit auch die katholische Kirche immer weniger verstanden werden. Bei nicht wenigen Zeitgenossen ist Religion mittlerweile in den Ruf geraten, in einer pluralistischen Gesellschaft eigentlich etwas Abseitiges, nicht ganz Normales, wenn nicht gar Gefährliches zu sein. Solche und ähnliche Ansichten deuten auf mögliche größere Verschiebungen in der Bewertung von Religion in unserer Gesellschaft im beginnenden 21. Jahrhundert hin, auch wenn der politische Grundkonsens in der Bundesrepublik Deutschland derzeit noch weitestgehend von jenem kooperativen Verständnis des Verhältnisses von Politik, Zivilgesellschaft und Religionsgemeinschaften geprägt ist, wie es in den Jahrzehnten nach 1945 entstanden ist. Befeuert wird die aktuelle Verschiebung der Wahrnehmung von Religion einerseits durch zahlreiche internationale Konflikte und Kriege und die prominente Rolle, die Religion und insbesondere ein militanter islamistischer Extremismus in ihnen, aber auch in der medialen Darstellung darüber spielen. Und andererseits zeigen in Deutschland die seit längerem anhaltende Entkirchlichung, aber auch die Zunahme neuer – insbesondere islamischer religiöser Gruppen – Wirkung. Kurz gesagt: Religion droht der Gegenwart fremd zu werden.

Vor diesem Hintergrund gilt es, an die Geschichte von Religion, Demokratie und Zivilgesellschaft zu erinnern, tragende Prinzipien und Strukturen zu benennen und den spezifischen Beitrag von Kirche und Katholizismus in der politischen und sozialen Zeitgeschichte Deutschlands auszuweisen. Das vorliegende Heft argumentiert, dass der Katholizismus in Deutschland nicht nur mit der Geschichte der Demokratisierung und Entstehung unserer heutigen Zivilgesellschaft unauflöslich verflochten ist, sondern die Entwicklung von Demokratie und Zivilgesellschaft selbst auf maßgebliche Art und Weise mitgestaltet hat. Katholische Kirche und Katholizismus waren und sind daher heute de facto (noch) ganz selbstverständlich Teil der aktiven Zivilgesellschaft in Deutschland. Diese Verortung von Kirche und Glaube in der Zivilgesellschaft bietet – so schlüssig und richtig sie generell ist – aber auch Anlass zu kritischer innerkatholischer Reflexion, wenn es um die Frage der religiösen Wurzeln, der Zukunftsfähigkeit von Kirche und Katholizismus sowie die Chance geht, sich und seinen Glauben in der Gegenwart verständlich zu machen. Im

Folgenden werden zuerst tragende Ideen zum Verständnis von Zivilgesellschaft vorgestellt. Es folgt eine Rückblende auf die Entstehung des katholischen Milieus im 19. und 20. Jahrhundert. Dann wird der lange Abschied vom Milieu seit den 1950-er Jahren als eine zum Teil durchaus von außen erzwungene Entwicklung, vor allem aber als eine auch von innen freiwillig und bewusst vorangetriebene Leistung des Katholizismus beschrieben. Erst der Abschied vom Milieu hat Kirche und Katholizismus in ein neues, der Demokratie und entstehenden Zivilgesellschaft angemesseneres Verhältnis zur Moderne gesetzt. Daraus resultiert die bleibende, im nächsten Abschnitt thematisierte Fähigkeit und Aufgabe eines pluralen politischen Katholizismus, an der Gestaltung der Welt im Hier und Heute mitzuwirken. Am Schluss steht ein kritischer Ausblick auf die binnenkirchliche Lage und das zivilgesellschaftliche Selbstverständnis des Katholizismus.

### Religion, Zivilgesellschaft und Sozialkapital – Schlüsselbegriffe im Diskurs um unser gesellschaftliches Selbstverständnis

Unsere heutige Gesellschaft und ihre Kultur sind in vielfältiger Weise Ergebnis jener fundamentalen Umwälzungen der vergangenen zwei Jahrhunderte, die gedanklich verkürzt und abstrahierend als Prozess einer pfadabhängigen Modernisierung Deutschlands interpretiert werden können. Dieser Prozess der Modernisierung ist alles andere als abgeschlossen. Er hält vielmehr auch in der Gegenwart an und hat zu jener hochkomplexen und im historischen Maßstab stark individualisierten Gesellschaftsformation geführt, die gegenwärtig gern als postmodern oder postsäkular charakterisiert wird. Diese Modernisierungsgeschichte hat die Textur der Gesellschaft und die Stellung des Einzelnen in ihr nachhaltig verändert. Religion und Christentum sind in diese Entwicklung hineingestellt. Mitsprache, Engagement und Selbstbestimmung sind im Zuge von Modernisierung und Demokratisierung zu zentralen Leitideen der Lebensführung der Menschen geworden. Stärker als früher wird von Politik, aber auch allen anderen gesellschaftlichen Akteuren erwartet, in einer direkten Rückbindung an die Wünsche und Empfindungen der Bürgerinnen und Bürger zu stehen. Zugleich steigt die Komplexität der innergesellschaftlichen wie globalen Handlungsketten und deren Folgen und damit auch die Schwierigkeit politischen Handelns. Westliche Demokratien haben darauf seit Mitte der 1990-er Jahre mit einem stärkeren Rückgriff auf den vopolitischen Raum als Ort und Ressource gesellschaftlicher Gestaltung

reagiert. Die öffentliche Beschwörung und Inanspruchnahme der Zivilgesellschaft als eigenständige Größe und politische Ressource der Gesellschaft ist die Folge. Die Bürger sollen durch ihr freiwilliges Engagement und ihre prosozialen Einstellungen das nötige „Sozialkapital“ für das Funktionieren hochmoderner Gesellschaften erzeugen.

Diese Veränderung im Selbstverständnis unserer Gesellschaft ist auch für das Verständnis von Kirche und katholischen Akteuren zentral. Was aber meint man mit „Zivilgesellschaft“ und „Sozialkapital“? Und welche Rolle spielt Religion? In der Soziologie und Politikwissenschaft sind diese Fragen aktuell Gegenstand breiter Diskussionen und Forschungen.<sup>1</sup> Die Grundpositionen zusammenfassend, kann man Folgendes sagen: Das Konzept der Zivilgesellschaft macht jenen Raum der Gesellschaft sichtbar, in der ihre Mitglieder jenseits von Markt, Staat und Privatsphäre freiwillig miteinander in Beziehung und Austausch treten. „Unter civil society, also Zivil- oder Bürgergesellschaft, wird in der Regel ein gesellschaftlicher Raum, nämlich die plurale Gesamtheit der öffentlichen Assoziationen, Vereinigungen und Zusammenkünfte verstanden, die auf dem freiwilligen Zusammenhandeln der Bürger und Bürgerinnen beruhen. Vereine, Verbände und soziale Bewegungen sind dabei typische Organisationsformen. Diese Vereinigungen sind unabhängig von einem staatlichen Apparat und in der Regel auch unabhängig von wirtschaftlichen Profitinteressen, das heißt, idealtypisch bilden sie eine Sphäre aus, die nicht staatlich ist und nicht auf reinen Marktprinzipien beruht.“<sup>2</sup> Will man aber nicht jedwede Räuberbande, Terrorgruppe oder extremistische Organisation als freiwilligen und solidarischen Zusammenschluss in die Definition von Zivilgesellschaft einschließen, muss man zusätzlich bestimmte Eigenschaften oder Tugenden postulieren, die zivilgesellschaftliches Handeln von anderen Formen kollektiven Handelns unterscheidbar machen. In der Regel wird zivilgesellschaftliches Handeln daher als selbstorganisiert und selbständig, als öffentlich, konfliktbereit und pluralistisch, als „zivil“, also nicht-gewaltssam und nichtmilitärisch, sowie als solidarisch, d. h. nicht nur eigeninteressiert, sondern auch gemeinwohlorientiert charakterisiert.<sup>3</sup> Zivilgesellschaft ist also ein empirisches Konzept zur Erfassung der Struktur und Kultur des Raums zwischen Staat, Markt und Privatheit mit deutlich wertenden, normativen Implikationen.

*Das Konzept der Zivilgesellschaft macht jenen Raum der Gesellschaft sichtbar, in der ihre Mitglieder jenseits von Markt, Staat und Privatsphäre freiwillig miteinander in Beziehung und Austausch treten.*

In der mittlerweile sehr breiten Zivilgesellschaftsforschung werden der Bürgergesellschaft meist positive Wirkungen für den Einzelnen, die Gestaltung des öffentlichen Lebens sowie die Etablierung und den Erhalt von Demokratie und Marktwirtschaft zugeschrieben. Zum Schlüsselbegriff für diese angenommenen segensreichen Wirkungen ist im Anschluss an den amerikanischen Politikwissenschaftler Robert Putnam das Konzept des „Sozialkapitals“ geworden. Sozialkapital ist das Ergebnis zivilgesellschaftlichen Engagements. Es steht als kollektive Leistung dem Einzelnen und der Gesellschaft in Form von Netzwerken und sozialem Vertrauen zur Verfügung.<sup>4</sup>

In der amerikanischen Forschung stand und steht außer Frage, dass Religionsgemeinschaften Teil der *civil society* sind. Angesichts der zentralen Bedeutung von Kirchengemeinden für die amerikanische Zivilgesellschaft überrascht dies nicht. In der deutschsprachigen Literatur hat es ein wenig gedauert, bis die Protagonisten der Zivilgesellschaftsforschung bereit waren, auch religiöse Gruppen und Organisationen als Teil der Zivilgesellschaft zu akzeptieren.<sup>5</sup> Mittlerweile ist dies aber grundsätzlich nicht mehr strittig. Im Anschluss an die breit rezipierte Studie „Public religions“ des Soziologen José Casanova von 1994 haben viele Theologen und Religionssoziologen im Hinblick auf Religionsgemeinschaften und Kirchen zudem argumentiert, dass unter den Bedingungen von Glauben als einer individuellen Option<sup>6</sup> der gesellschaftliche Ort von Religion und Kirchen nur noch in der Zivilgesellschaft sein könne.<sup>7</sup> Und in der Tat scheuen sich die Religionsgemeinschaften – allen voran die beiden großen christlichen Kirchen – mittlerweile selbst nicht mehr, bei Bedarf ihre zivilgesellschaftliche Bedeutung etwa im Sozialwesen herauszustreichen.

### **Milieukatholizismus – zum zivilgesellschaftlichen Vermächtnis des Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts in Deutschland**

Eine solche Bestimmung bzw. Selbstbeschreibung von Religion und Kirche als zivilgesellschaftliche Größen ist vergleichsweise jungen Datums. Für den deutschen Katholizismus hat das freiwillige bzw. zivilgesellschaftliche Engagement historisch aber durchaus eine lange Tradition. Die Entstehung des katholischen Milieus war ein langwieriger und regional unterschiedlicher Prozess im 19. und frühen 20. Jahrhundert. In den nach den Napoleonischen Kriegen von Preußen besetzten Gebieten führten die Aktivitäten der Katholiken und ihres Klerus, die bereits in den 1830-er Jahren einsetzten, zu einer gewissen

*Ihre Plausibilität und Strahlkraft gewann die katholische Welt des 19. Jahrhunderts aber nicht durch den hölzernen Katechismus, sondern durch die religiöse Praxis, die religiöse Ausgestaltung der Alltagswelt.*

Abschottung gegenüber der preußisch-protestantischen Mehrheitsgesellschaft. Geistliche und katholische Intellektuelle organisierten durch Predigten und Zeitungen eine katholische Gegenöffentlichkeit und warben für den alten Glauben. Dazu knüpften sie an die außerhalb der schmalen Oberschicht weithin intakte Volksfrömmigkeit an. Zugleich banden sie diese Frömmigkeit stärker als bisher an die Institution katholische Kirche und ihre Normen und Regeln. Neu und Ausdruck des beginnenden Zeitalters demokratischer Massenbewegungen war ihre bewusste Orientierung am Volk, an einer Massenbasis. Ereignisse der 1840-er Jahre wie die Kölner Wirren, die Trierer Rockwallfahrt und vor allem die Revolution von 1848 mobilisierten den katholischen Bevölkerungsteil überregional und führten zur Adaption des modernen Vereinsprinzips – zunächst in den für die katholische Bewegung wichtigen Pius-Vereinen – und zur Politisierung und damit zur ersten Festigung des deutschen Katholizismus.

Für mehr als hundert Jahre konzentrierte sich Katholisch-Sein vor allem auf die Entfaltung einer einzigen Frage: „Wozu sind wir auf Erden?“ und deren Antwort: „Um Gott zu erkennen, zu lieben und in den Himmel zu gelangen.“<sup>8</sup> Der neuscholastische Katechismus, an dessen Anfang diese Frage stets stand, zielte darauf, in der Kindheits- und Jugendzeit lehrend – und in der Regel nicht ohne starke Drohungen – in die katholische Glaubenswelt einzuführen. Ihre Plausibilität und Strahlkraft gewann die katholische Welt des 19. Jahrhunderts aber nicht durch den hölzernen Katechismus, sondern durch die religiöse Praxis, die religiöse Ausgestaltung der Alltagswelt.

Seine Entfaltung, Etablierung und Differenzierung erlebte das katholische Milieu im Zusammenspiel des politischen Mobilisierungsschubs des Kulturkampfes mit den Umwälzungen von Industrialisierung und Urbanisierung. Insbesondere in den aufstrebenden deutschen Städten und Industrieregionen entstand bis 1914 ein dichtes katholisches Milieu, das auf das wachsende Bedürfnis nach Bildung, sozialer Absicherung, politischer Vertretung und schichten- und gruppenspezifischer Freizeitinteressen einging und der katholischen Minderheit in Preußen-Deutschland Halt und Einfluss sicherte. Bis 1914 entstand so im Zuge der Modernisierung aus einem vielschichtigen Wechselspiel von Konfrontation und Adaption eine historisch neue Form katholischer Vergesellschaftung, die prinzipiell bis zur nationalsozialistischen Diktatur Bestand haben sollte.

Vieles im katholischen Milieu des frühen 20. Jahrhunderts ist auf den ersten Blick stimmig mit dem oben dargestellten Verständnis von Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement. Frauen-, Kolping- und Arbeitervereine und die zahlreichen Initiativen zum Bau von katholischen Schulen, Kirchen und Krankenhäusern brachten zahlreiche Formen freiwilligen Engagements zum Nutzen von Kirche und Allgemeinheit hervor. Bevor man aber dem katholischen Milieu des zweiten deutschen Kaiserreichs die Qualität einer zivilgesellschaftlichen Größe attestiert, gilt es einen Blick auf die äußere und innere Verfasstheit zu werfen.

Nach der Reichsgründung von 1870/71 hat Bismarck bekanntlich wiederholt versucht, innenpolitisch die Herrschaftstechnik der bewussten Ausgrenzung einzelner Bevölkerungskreise zur Integration des jungen Reichs zu nutzen. Zuerst richtete sich seine Politik gegen die katholische Kirche und die katholische Volksminderheit im Reich, dann gegen die aufstrebende sozialistische Arbeiterbewegung. Die junge Gesellschaft des Kaiserreichs wurde durch Kulturkampf und Sozialistengesetz auf verhängnisvolle Weise fragmentiert. Das Leitmotiv deutscher Innenpolitik hieß „Kampf“, nicht „demokratischer Wettbewerb“ und „Kompromiss“. Und auch im Binnenverhältnis war das katholische Milieu bei aller Vielfalt keineswegs ein Ort pluralistischer Meinungsbildung und Entscheidungsfindung. Ob im Gewerkschaftsstreit, im Modernismusstreit oder in der Frage der Demokratisierung des Kaiserreichs – überall stieß die reale Vielfalt katholischer Interessen und Meinungen auf ein Idealbild von Glaube und Kirche, das einem hierarchischen Dezisionismus, einem anti-modernen Impetus und einer strikten Trennung von Priestern und Laien verpflichtet war. Hier einen echten Wandel herbeigeführt zu haben, ist das Verdienst des deutschen Katholizismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

### **Abschied vom Milieu – der deutsche Katholizismus im Übergang zu Demokratie und Zivilgesellschaft seit 1945**

Die Rolle des Katholizismus und der katholischen Kirche in den ersten Jahren nach der totalen Niederlage des Nationalsozialismus ist vielfach ausgeleuchtet worden.<sup>9</sup> Charakteristisch für den Katholizismus damals war eine Situation, in der sich Alt und Neu, das Erbe aus Weimar und der demokratische Aufbruch unter den skeptischen Augen der Alliierten mischten. Der Ruf nach einer Verchristlichung, nach Rechristianisierung bestimmte kirch-

licherseits in beiden Konfessionen die ersten Nachkriegsjahre. Die Quellen dieser Zeit zeigen, dass sich unter den Katholiken in Deutschland überall der Wunsch und der Wille Bahn brachen, innerkirchlich an den Traditionen des katholischen Selbstverständnisses und des katholischen Milieus vor 1933 anzuknüpfen. Was dies im Detail bedeuten sollte, darüber gab es unmittelbar nach dem Krieg durchaus unterschiedliche Vorstellungen, die sich etwa an der Frage entzündeten, ob die Vielfalt der alten Vereine und Verbände wieder errichtet werden sollte oder ob man dem naturständischen Konzept der von den Päpsten seit den 1920-er Jahren propagierten Katholischen Aktion folgen wollte. Die Kräfte, die für die Besonderheit des deutschen Katholizismus eintraten, waren stark und hatten breiten Rückhalt in der katholischen Bevölkerung. Solche Bischöfe, die für eine weitere Verkirchlichung und strikte bischöfliche Leitung des Laienkatholizismus fochten, scheiterten nach 1945 mit ihren Plänen ebenso wie jene links-katholischen Intellektuellen, die für eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie kämpften. Die Zeitgenossen der frühen 1950-er Jahre konnten bzw. mussten für den Westdeutschen Katholizismus und in Teilen sogar für die Diaspora-Katholiken der SBZ und späteren DDR feststellen, dass das katholische Milieu faktisch in wesentlichen Zügen wiedererstandener war.

Der Abschied vom katholischen Milieu ist bekanntlich eine lange Geschichte – und sie ist alles andere als eine reine Verlustgeschichte. Sicherlich verbindet sich damit zuerst der allmähliche Abschied von einer breiten, konventionellen Kirchlichkeit, die zu Beginn der 1950-er Jahre Sonntag für Sonntag jedes zweite Kirchenmitglied in eine der zahlreichen Messen führte und die Erfüllung der Osterpflicht in katholischen Gebieten zur sozialen Norm machte. Der Abschied vom Milieu fällt aber auch mit dem Aufbruch des Zweiten Vatikanischen Konzils zusammen. Der Kirchenbegriff des Konzils und die Liturgiereform werteten die Rolle der Laien auf und führten zur bewussteren und stärkeren Einbeziehung der Gläubigen. In den Leitungsstrukturen der Pfarreien wurde durch die Institution des Pfarrgemeinderats das Laienengagement aufgewertet. Die freie und faire Wahl der Laien in ein kirchliches Gremium steht für eine wichtige, oft übersehene Innovation in der Geschichte der katholischen Kirche.

Als gesellschaftsgeschichtlich entscheidend erwiesen sich vor allem die politischen und sozialpolitischen Innovationen in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland. An ihnen hatten Vertreter und Vertreterinnen des Katholizismus maßgeblichen Anteil.

*Die neu gegründeten Unionsparteien, die sich als interkonfessionelle Volksparteien verstanden, waren die entscheidende politische Neuerung im deutschen Parteiensystem der Nachkriegszeit. Unter der Führung des katholischen ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer wurden die CDU und die CSU zu einer wesentlichen Voraussetzung dafür, dass die Bundesrepublik Deutschland kein zweites Weimar war bzw. wurde.*

Aus den Zeiten der gemeinsam erfahrenen Bedrängung und Verfolgung während der nationalsozialistischen Diktatur waren über die ehemals scharfen konfessionellen und parteipolitischen Grenzen hinweg ein anti-totalitärer Konsens und die Idee einer sozialen Demokratie erwachsen. Die neu gegründeten Unionsparteien, die sich als interkonfessionelle Volksparteien verstanden, waren die entscheidende politische Neuerung im deutschen Parteiensystem der Nachkriegszeit. Unter der Führung des katholischen ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer wurden die CDU und die CSU zu einer wesentlichen Voraussetzung dafür, dass die Bundesrepublik Deutschland kein zweites Weimar war bzw. wurde: Im historischen wie internationalen Vergleich erwiesen sich die Regierungen der Bundesrepublik als stabil und handlungsfähig. Ähnlich bedeutsam war für die frühe Bundesrepublik auch die Überwindung der alten Richtungsgewerkschaften zugunsten weltanschaulich neutraler Einheitsgewerkschaften. Ein sozialpolitischer Neuanfang, der von der katholischen Arbeiterbewegung und den christlichen Gewerkschaftern im Wesentlichen mitgetragen wurde. Damit war eine der Grundlagen dafür gelegt, dass die Soziale Marktwirtschaft und eine subsidiäre Sozialpolitik im weiteren Verlauf der Geschichte der Bundesrepublik insgesamt zu einem Erfolgsmodell wurden: zwei zentrale Politikbereiche, um deren Gestaltung und kritische Weiterentwicklung sich der politische Katholizismus verdient gemacht hat.

Die weitere Nachkriegsgeschichte zeigt einen organisationsstarken Katholizismus. Er gestaltete den Übergang zu einer etablierten Demokratie und einer aktiven Zivilgesellschaft maßgeblich mit. Die zahlreichen alten und neuen katholischen Organisationen haben im Sinne intermediärer sozialer Größen wichtige Vermittlungsleistungen zwischen Gesellschaft und Politik bzw. Staat erbracht, wobei die Rolle des 1952 neu gegründeten Zentralkomitees der deutschen Katholiken ins Auge sticht. In dem Maße wie die Katholiken in den 1950-er und 1960-er Jahren zu den „eigentlichen Entdeckern der Bundesrepublik“<sup>10</sup> wurden, waren sie nicht bloß am Aufbau der demokratischen Strukturen und der politischen Unterstützung einer demokratischen Ordnung beteiligt. Vielmehr machten sie sich damit in den 1950-er Jahren zu Vorreitern einer Entwicklung, die erst in den 1960-er Jahren in der Bevölkerung allgemein zu einer breiten Befürwortung der Demokratie und des Grundgesetzes führte.<sup>11</sup>

*Die Arbeit der Caritas und der [neu errichteten] katholischen Entwicklungshilfe haben deutlich zur steigenden Akzeptanz von Kirche in der Gesellschaft und wohl auch zur Neudefinition eines deutschen Selbstbildes beigetragen.*

Sicherlich ging mit dem katholischen Vereinswesen der 1950-er und 1960-er Jahre einiges an überholter Vereinsmeierei und grobschlächtigem Anti-Kommunismus einher. Aber auf der Ebene der Führungsriege des Zentralkomitees deutscher Katholiken (ZdK) und der Verbände reflektierte man Mitte der 1960-er Jahre den veränderten eigenen gesellschaftlichen Ort erstaunlich offen und zivilgesellschaftlich präzise. Bereits vor dem Abschluss des Zweiten Vatikanums und deutlich vor 1968 stellte man heraus, dass „die Gesellschaft pluralistisch“ verfasst ist.<sup>12</sup> Der fundamentale gesellschaftliche Wandel und die Demokratisierung wurden als Grund für weitreichende Veränderungen in Kirche und Politik angesehen: „Mit der gesellschaftlichen Rollenveränderung des Laien, der vom Befehlsempfänger zum aktiven Bürger avanciert ist, hat sich auch die Aufgabenstellung der katholischen Verbände gewandelt. Heute können sie ihre subsidiäre Pflicht nicht mehr erfüllen, wenn sie sich als katholische Gettos verstehen, die dem Laien die Flucht aus der Welt gestatten sollen.“ Neben dem Vereins- und Verbandswesen zeigte sich auch in anderen Bereichen, dass durch den Aufbau neuer spezifisch katholischer Organisationsformen nicht nur die Pluralität in der Gesellschaft der jungen Bundesrepublik gestärkt wurde, sondern zugleich auch ein Bewusstseinswandel in Kirche und Gesellschaft erreicht wurde. „Die Arbeit der Caritas und der [neu errichteten] katholischen Entwicklungshilfe haben deutlich zur steigenden Akzeptanz von Kirche in der Gesellschaft und wohl auch zur Neudefinition eines deutschen Selbstbildes beigetragen.“<sup>13</sup>

Innerkirchlich klang dieses veränderte Selbstverständnis des Katholizismus auf dem Katholikentag von 1966 schon an, fand aber dann auf dem Essener Katholikentag von 1968 seinen manifesten Ausdruck. Im Schatten der Studentenunruhen verlief letzterer teilweise tumultartig. Seine Besucher sparten nicht mit Kritik an Papst und Kirche. Die dort aufgeworfenen Fragen machten die Würzburger Synode nötig und möglich. Schon auf dem Katholikentag 1968 reagierten die verantwortlichen Veranstalter des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und des gastgebenden Bistums rückblickend betrachtet überraschend besonnen. Sie vermieden die polarisierende Eskalation und setzten auf Gespräch und Diskussion. Damit waren Ende der 1960-er Jahre interner Pluralismus, fundamentaler Dissens und öffentlicher Konflikt zu einem nicht nur faktisch vorhandenen, sondern auch zu einem im Grundsatz bejahten Bestandteil der katholischen Kirche in Westdeutschland geworden.

Der Abschied vom katholischen Milieu als einer weltanschaulich-religiös vergleichsweise homogenen Gesinnungsgemeinschaft bedeutet also keineswegs – wie die klassische, mittlerweile zunehmend kritisierte Säkularisierungsthese vertritt – das historische Ende des Katholizismus als gesellschaftliche und politische Kraft. Vielmehr ist der deutsche Katholizismus in seiner neuen, im Zuge des allgemeinen Gesellschaftswandels stark binnenpluralisierten Gestalt ein zentrales Element der aufstrebenden deutschen Bürgergesellschaft geworden und geblieben.

### **Plural und politisch – aktuelle Beiträge des Katholizismus zu Zivilgesellschaft und Politik**

Entgegen der verbreiteten Formel von der „Rückkehr der Religion“, die die Auseinandersetzung mit Religion in den Feuilletons eine Zeit lang befeuert hat, kann für Deutschland nach 1990 von einer vielleicht erhofften, je nach Standpunkt vielleicht auch befürchteten Revitalisierung von Religion und Kirchen insgesamt nicht die Rede sein. Auf unterschiedlichem Niveau erleben beide Großkirchen die Fortsetzung der allmählichen, aber anhaltenden Entkirchlichung, die für die katholische Kirche durch die jüngsten Austrittswellen im Gefolge der Missbrauchsskandale und verschwenderischer Haushaltsführung im Bistum Limburg eine Zuspitzung erfahren hat. Auch für die verschiedenen muslimischen Bevölkerungsgruppen ist nicht zu erkennen, dass der Anteil der religiös praktizierenden, am Leben von Moscheegemeinden teilnehmenden Gläubigen zunimmt.

In einem deutlichen Kontrast zur Partizipations- und Glaubenskrise in den Reihen der katholischen Kirchenmitglieder steht die Rolle von Katholiken, Katholizismus und Kirche in der deutschen Politik. Die nachhaltige Wirkung der Erfolge des Katholizismus in der Bundesrepublik vor 1989 und speziell in den Jahren der unmittelbaren Nachkriegszeit bis Ende der 1960-er Jahre zeigt sich bis heute im Wahlverhalten und in der Mitgliedschaftsstruktur der wichtigsten Parteien. Katholiken wählen nach wie vor häufiger die CDU/CSU. Und mit zunehmender Kirchlichkeit steigt ihre Bereitschaft, für diese beiden Parteien zu stimmen. Wahlentscheidend ist freilich mittlerweile die Gruppe der in der Regel stärker säkularisierten Wechselwähler. Angesichts der anhaltenden Entkirchlichung überrascht auch der nach wie vor nennenswerte politische Einfluss des Katholizismus in Deutschland.

Die Art der politischen Einflussnahme der zahlreichen katholischen Akteure und Organisationen hat sich allerdings verändert. Die Pluralität katholischer Positionen in politischen Sachfragen wird längst nicht mehr als ein Ärgernis empfunden, sondern als ein Ausdruck einer zivilgesellschaftlich wünschenswerten Vielfalt in den Reihen der Gläubigen. Die Deutschen Katholikentage spiegeln diesen Wandel eindrücklich.<sup>14</sup> Noch in den 1980-er Jahren erfolgte ihre Planung in einem *topdown*-Stil. Das Zentralkomitee wollte dem jeweiligen Katholikentag eine kohärente politische Botschaft geben. Das rief bekanntlich heftige Proteste linkskatholischer und alternativer Gruppen hervor. Wenn es mittlerweile kircheninterne Konfrontationen um politische Positionen in dieser Schärfe nicht mehr gibt, so liegt dies auch daran, dass eine politische Pluralität unter den kollektiven Akteuren des Katholizismus akzeptiert und innerhalb eines demokratischen Rahmens geschätzt wird. Strukturell kommt dies im Planungsprozess der heutigen Katholikentage zum Ausdruck, der vom *bottom-up*-Engagement der verschiedenen katholischen Verbände und Organisationen lebt. Zudem suchen Politiker aller Parteien, allen voran die Bundeskanzlerin, das Gespräch und den Kontakt zu den Veranstaltern und Teilnehmern der Katholikentage. Aus der ehemals dominanten Verflechtung des Mehrheitskatholizismus mit den Unionsparteien hat sich eine netzwerkförmige Gemengelage entwickelt.

**Religion und bürgerschaftliches Engagement  
in Deutschland 2004 und 2009**

Engagierte (die größten 6 der 14 Bereiche)	2004		2009	
	Rang	Prozent der Befragten	Rang	Prozent der Befragten
Sport und Bewegung	1	11,0	1	10,1
Soziales	2	7,0	4	5,2
Kirche und Religion	3	6,0	2	6,9
Kultur und Musik	4	5,5	4	5,2
Schule und Kindergarten	5	5,4	2	6,9
Freizeit und Geselligkeit	6	5,0	6	5,2

Bemerkung: Bevölkerung ab 14 Jahren (Angaben in %, Mehrfachnennungen)

Quelle: Eigene Zusammenstellung der sechs größten Engagementbereiche nach Th.

Gensicke / S. Picot / S. Geiss, Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004, Wiesbaden 2006, 58 und 60.

Die größte Ausnahme vom allgemeinen Säkularisierungs- und Entkirchlungstrend findet sich aber heute in einem anderen Bereich. Dies ist das bürgerschaftliche bzw. zivilgesellschaftliche Engagement (Tab. 1).

Für Deutschland lässt sich dies anhand der Freiwilligensurveys, einer wiederholten, breit angelegten repräsentativen Bevölkerungsbefragung, quantitativ sehr präzise beschreiben.<sup>15</sup> Im vergleichsweise stark säkularisierten Deutschland sind Religion und Kirchen für das zivilgesellschaftliche Engagement von überraschend großer Bedeutung. Rund 7 Prozent aller Einwohner waren 2009 ehrenamtlich oder freiwillig im Bereich Kirchen und Religion engagiert. Damit ist dieser Bereich zusammen mit „Schule und Kindergarten“ mittlerweile der zweitgrößte Bereich unter den insgesamt erfassten 14 Engagementbereichen; nur „Sport/Bewegung“ ist größer. Beachtenswert ist darüber hinaus, dass der Anteil der im Bereich „Kirchen und Religion“ Engagierten von 1999 bis 2009 entgegen dem ansonsten unübersehbaren langfristigen Entkirchlungstrend zugenommen hat.

### **Perspektiven der katholischen Erinnerungsgemeinschaft in einer pluralen Gesellschaft**

Abschließend soll noch einmal über dieses religiöse zivilgesellschaftliche Engagement hinausgeschaut werden, um die skizzierten jüngsten Entwicklungen richtig einordnen zu können. Dies scheint wichtig, wenn es um die Zukunft der katholischen Kirche und eines pluralen Katholizismus in Deutschland geht. Die Mitgliedschaft und das Mittun in einer Religionsgemeinschaft sind unter den Bedingungen der Religionsfreiheit grundsätzlich ein freiwilliger Akt. Angesichts der weit fortgeschrittenen Entkirchlichung Deutschlands hat der Besuch eines Sonntagsgottesdienstes mittlerweile den Charakter einer individuell getroffenen Entscheidung bzw. freiwilligen Handlung angenommen. Anders als zu Zeiten des katholischen Milieus ist religiöse Praxis in der Gegenwart zu einem individuellen Statement, einem sozialen Bekenntnis, einem Akt des bewussten *opting-in* geworden. An einem gewöhnlichen Sonntag versammeln sich rund 12 Prozent der Katholiken und vier Prozent der Protestanten in den Kirchen. Hochgerechnet auf die rund 24,6 bzw. 24,2 Mio. Kirchenmitglieder im Jahr 2010 sind dies Sonntag für Sonntag immerhin rund 3,9 Mio. Menschen, wobei dies selbstredend nicht immer dieselben Gläubigen sind.

Aber ist der Gottesdienstbesuch für sich genommen eine zivilgesellschaftliche Aktivität? Selbst in den USA wird diese Frage in der Forschung verneint. Der Grund dafür dürfte sein, dass es neben und zusätzlich zu der von der Zivilgesellschaftsforschung ins Zentrum gerückten „Bürgerrolle“ auch eine eigenständige „Gläubigenrolle“ gibt. Glaube und Kirche gehen also nicht automatisch und wohl auch nie ganz in der zivilgesellschaftlichen Rolle und Bedeutung von Kirchen und religiösen Organisationen und Vereinen auf. Für den Fortbestand von Kirche und Glaube ist eine Verankerung in der Zivilgesellschaft unverzichtbar, aber sie allein wird nicht ausreichen, um die Zukunft zu sichern. Es braucht immer auch einen lebendigen religiösen Kern, eine religiöse Praxis zur Überlieferung und Veralltäglichung des Glaubens als entscheidender Grundlage für Kirche und Katholizismus. Dieser religiöse Kern ist nötig, damit das an sich sehr lobenswerte religiöse zivilgesellschaftliche Engagement auf Dauer Glaube und Kirche nicht allein zu einem austauschbaren Lieferanten von „Sozialkapital“ und damit einer Einrichtung bloßer gesellschaftlicher Nützlichkeit werden lässt. Religiöses zivilgesellschaftliches Engagement kann eine Brücke sein, die religiöse Erfahrung und gesellschaftlichen Gestaltungswillen von mehr oder weniger kirchennahen Menschen miteinander in Verbindung bringt; es wird aber nicht der Ort von Glaube und Kirche schlechthin sein bzw. werden können. Diese Einsicht in den eigenständigen Stellenwert des Glaubens und der kirchlichen Praxis gilt es auch gesellschaftlich sichtbar zu machen. Es ist wichtig, die katholischen Beiträge zu einer pluralen Gesellschaft nicht nur innerkirchlich präsent zu halten, sondern auch deren Quellen und Bedeutung für ein gelungenes Miteinander den übrigen Mitgliedern unserer Gesellschaft und insbesondere jenen, deren Bezug zu jeder Form religiöser Überlieferung und Gemeinschaft schwach oder geschwunden ist, einsichtig zu machen. Ein lebendiger Bezug auf eine religiöse wie politische Erinnerungsgemeinschaft ist daher ein wichtiger Beitrag, um der Gefahr einer Ausgrenzung und zunehmenden Marginalisierung alles Religiösen in unserer Gesellschaft entgegenzutreten – im Interesse von Glaube und Gemeinwohl in Staat, Zivilgesellschaft und Religion in Deutschland.

#### Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Vgl. als Einstieg P. Nolte, Religion und Bürgergesellschaft. Brauchen wir einen religionsfreundlichen Staat? Berlin 2009; A. Liedhegener, Bürger- und Zivilgesellschaft, in: A. Rauscher (Hg.), Handbuch der Katholischen Soziallehre, Berlin 2008, 887 – 898;
- <sup>2</sup> Vgl. F. Adloff, Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis, Frankfurt a. M. 2005, 8.
- <sup>3</sup> Vgl. J. Kocka, Zivilgesellschaft in historischer Perspektive, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 16(2003) 29 – 37.
- <sup>4</sup> Vgl. zuletzt R. D. Putnam/ D. E. Campbell, American Grace. How Religion Divides and Unites US, New York u. a. 2010.
- <sup>5</sup> Vgl. sehr kritisch etwa J. Rösen, Zivilgesellschaft und Religion – Idee eine Verhältnisses, in: Ch. Augustin/ J. Wienand/ Ch. Winkler (Hg.), Religiöser Pluralismus und Toleranz in Europa, Wiesbaden 2007, 249 – 259; W. Vorkamp, Integration – ja, aber wie?, in: Die Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte (2011) H.7/8, 86 – 91.
- <sup>6</sup> Vgl. H. Joas, Glauben als Option: Zukunftsmöglichkeiten des Christentums, Freiburg i. Br. 2013.
- <sup>7</sup> Vgl. statt vieler H. J. Große Kracht, Kirche in ziviler Gesellschaft. Studien zur Konfliktgeschichte von katholischer Kirche und demokratischer Öffentlichkeit, Paderborn 1997; D. Pollack, Kirche zwischen Staat und Zivilgesellschaft: Überlegungen zum gesellschaftlichen Ort der Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland, in: R. Graf Strachwitz (Hg.), Kirche zwischen Staat und Zivilgesellschaft, Berlin 2002, 21 – 41; G. Pickel/ A. Gladkich, Säkularisierung, religiöses Sozialkapital und Politik – Religiöses Sozialkapital als Faktor der Zivilgesellschaft und als kommunale Basis subjektiver Religiosität?, in: A. Liedhegener/ I.-J. Werkner (Hg.), Religion zwischen Zivilgesellschaft und politischem System. Befunde – Positionen – Perspektiven, Wiesbaden 2011, 81 – 109.
- <sup>8</sup> Vgl. Arbeitskreis für kirchliche Zeitgeschichte, Münster (AKKZG), Katholiken zwischen Tradition und Moderne. Das katholische Milieu als Forschungsaufgabe, in: Westfälische Forschungen 43(1993) 588 – 654.
- <sup>9</sup> Vgl. W. Damberg, Abschied vom Milieu? Katholizismus im Bistum Münster und in den Niederlanden 1945 – 1980, Paderborn u. a. 1997.
- <sup>10</sup> G. Schmidtchen, Protestanten und Katholiken. Soziologische Analyse konfessioneller Kultur, Bern 1973, 245.
- <sup>11</sup> Vgl. A. Liedhegener, Demokratie – Pluralismus – Zivilgesellschaft. Gesellschaftspolitischer Wandel und deutscher Katholizismus in den 1960-er Jahren, in: W. Damberg/ K.-J. Hummel (Hg.), Katholizismus in Deutschland – Zeitgeschichte und Gegenwart, Paderborn u. a. 2014 (i. E.).
- <sup>12</sup> H. Möhring, Die katholischen Organisationen in Deutschland, Aschaffenburg 1965, 70. Das folgende Zitat ebd., 126.
- <sup>13</sup> Ch. Kösters/ A. Liedhegener/ W. Tischner, Religion, Politik und Demokratie. Deutscher Katholizismus und Bürgergesellschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Historisches Jahrbuch 127(2007) 353 – 392, hier 391.
- <sup>14</sup> Vgl. C. Kullmann, „Gott braucht uns in der Politik!“ Die Deutschen Katholikentage in Zivilgesellschaft und Politik 1978 – 2008, Wiesbaden 2015 (i. E.).
- <sup>15</sup> Vgl. Th. Gensicke/ S. Geiss, Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Engagementpolitik, Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009, München 2010 (pdf-Version); St. Seidelmann, Evangelische engagiert – Tendenz steigend, Hannover 2012.